

Mit dem Patientenshuttle ins Landambulatorium

MdL Jörg Kubitzki zur künftigen medizinischen Versorgung im ländlichen Thüringen

Die medizinische Versorgung besonders im ländlichen Thüringen steht aufgrund des Ärztemangels, der Altersstruktur der Ärzte und auch der Gesellschaft vor enormen Herausforderungen. Jörg Kubitzki, Gesundheitspolitiker der Linksfraktion, hatte bei einem Pressegespräch Thesen und Vorschläge der LINKEN zur künftigen Sicherung der medizinischen Versorgung vorgestellt.

Zur Ausgangslage: In Thüringen waren zum 31. Dezember 2012 im stationären Bereich 4.827, im ambulanten Sektor 3.385 Ärzte, 256 in Behörden und 3.094 Menschen im nicht ärztlichen Dienst tätig. Dabei ist die Zahl der Ärzte im stationären Bereich gestiegen, im ambulanten Bereich stagniert sie. Die Anzahl der Hausärzte ist in den letzten Jahren um ca. 12 Prozent von 1.640 auf 1.466 gesunken. In Thüringen sind derzeit 77 Hausarztsitze, 21 Facharztsitze und 90 Psychotherapeutenplätze offen, diese Ärzte fehlen also in der medizinischen Versorgung.

Aufgrund der Altersstruktur ist mit einer rapiden Abnahme der Arztzahlen zu rechnen: 590 Hausärzte und 606 Fachärzte waren in Thüringen zum Jahresende 2010 über 50 Jahre alt und werden bei einer Praxisabgabe mit durchschnittlich 65 Jahren bis zum Jahresende 2020 für die vertragsärztliche Versorgung nicht mehr zur Verfügung stehen. Nach Berechnungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft und der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen ergibt sich im stationären und im ambulanten Bereich bis 2020 ein Gesamtbedarf von 2.540 Ärzten, das wären jährlich etwa 250 neue Ärzte. Die medizinische Versorgung und die Pflege älterer Menschen besonders im ländlichen Bereich stehen vor enormen Herausforderungen. Jörg Kubitzki erläuterte die Vorschläge der LINKEN:

Sozialzentren sollten in jeder Landgemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft aufgebaut werden. Dafür könnten vorhandene Gebäude genutzt und dort alle sozialen Dienstleistungen angeboten werden. Auch Vereine und Verbände könnten hier Räume haben und Beratungen anbieten: Vor allem wäre der Sitz des Landambulatoriums Kern eines solchen Sozialzentrums, in dem auch eine Versorgung von Demenzkranken vorstellbar wäre und wo ein Koordinator für soziale Dienste er-



ster Ansprechpartner für die Menschen sein könnte. In den Landambulatorien sollten niedergelassene oder angestellte Ärzte arbeiten, darunter mindestens ein Allgemeinmediziner – entweder angestellt in diesem medizinischen Versorgungszentrum oder beim Krankenhaus oder der Gemeinde. Wenn sich keine Fachärzte niederlassen, könnten an bestimmten Tagen Sprechstunden von Fachärzten abgehalten werden.

Zwischen den einzelnen Orten müsste es über den öffentlichen Personenverkehr einen Zubringerdienst – Patientenshuttle – zum Landambulatorium oder zu Fachärzten in größere

Städte oder Krankenhäuser geben (z.B. über Rufbusse, Fahrdienste oder Taxiunternehmen, die von den Krankenkassen oder im Rahmen neuer ÖBS-Projekte bezahlt werden). Im Landambulatorium sollten auch andere Dienstleistungen, wie z.B. Apotheken, Pflegedienste oder Physiotherapie vorgehalten werden.

Die Linksfraktion fordert mit Blick auf die notwendigen Weichenstellungen ein Landesprogramm, das mit Bundesmitteln unterstützt wird und bei dem alle Fördermittel (Bund, Land, Kassenärztliche Vereinigung, gesetzliche Krankenversicherungen) gebündelt werden. „Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam Rahmenbedingungen schaffen“, betonte Jörg Kubitzki.

Er verwies im Zusammenhang mit der Ansiedlung von Ärzten auch auf die Notwendigkeit attraktiver Bedingungen vor Ort, was Arbeitsplätze und soziale und Bildungseinrichtungen, wie Kitas und Schulen, betrifft. Als eine „Stellschraube“ bezeichnete er Neuregelungen zur Vergütung von Landärzten, mit denen spezifische Anforderungen berücksichtigt werden (z.B. mehr Hausbesuche und weitere Wege). Notwendig seien mehr die Ärzte entlastende Maßnahmen, wie Gemeindeschwestern (Modell „Verah“) oder Kooperationen mit Sozialstationen.

Die LINKE fordert die schrittweise Überwindung der Trennung ambulanter und stationärer Einrichtungen, den barrierefreien Zugang zu den wohnortnahen Gesundheitseinrichtungen, einen Ausbau der Hospiz- und Palliativarbeit, die bessere Vernetzung der sektorenübergreifenden ambulanten und stationären wie auch pflegerischen Versorgung sowie eine stärkere Prävention. ■

VON A BIS Z:

Memorandum zum VS

Anlässlich der Vorstellung des Memorandums von Bürgerrechtsorganisationen zum Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ in Berlin erklärte MdL Martina Renner: „Es ist beschämend, dass ausgehend vom Geheimdienst-Skandal im Zusammenhang mit dem Aufwiegen des neonazistischen Terrornetzwerkes NSU immer noch Forderungen nach einer Reform des als Geheimdienst institutionalisierten Verfassungsschutzes erhoben werden. Dabei ist dieser aufgrund seiner Gründungsgeschichte, seiner Verstrickungen in Straftaten und nicht zuletzt wegen der in den parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschüssen gewonnenen Erkenntnisse bis auf den Grund delegitimiert.“ Die Antwort der Bürgerrechtsorganisationen, wie der Humanistischen Union oder des Komitees für Grundrechte und Demokratie, in einem gemeinsamen Memorandum die ersatzlose Abschaffung des „Verfassungsschutzes“ zu fordern, ist nach Ansicht der Innenpolitikerin richtig und alternativlos. „Ausdrücklich teilen wir die Auffassung, dass der geheimdienstliche Verfassungsschutz schädlich ist und nicht zufällige, persönliche oder vermeidbare Fehler, sondern systematisch bedingte Mängel verantwortlich für die Skandale des Geheimdienstes sind.“ Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag hat mehrfach die ersatzlose Abschaffung des Thüringer Landesamtes für den Verfassungsschutz gefordert und bereits im vergangenen Jahr einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingereicht. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom Mittwoch, den 16. Oktober, bis Freitag, den 18. Oktober, statt.

Ausstellung:

Ein „Fest für die Sinne“, so der Titel der neuen Ausstellung in der Fraktionsgalerie im Flur der LINKEN in der 4. Etage des Fraktionsgebäudes. Die Thüringer Künstlerin Sylvana von Ende präsentiert in den nächsten Wochen eine breite Palette von Bildern – in Kreide, Öl, Leder, Naturkautschuk oder Rohr.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

www.die-linke-thl.de

Wahlrecht

Deutliche Kritik an der sehr oberflächlichen Beantwortung von Anfragen durch die Landesregierung üben die LINKE-Abgeordneten Karola Stange und Maik Nothnagel, die Informationen zum Thema Wahlrechtsausschluss von Menschen, die unter vollständiger gesetzlicher Betreuung stehen, haben wollten. Dabei müssten die Zahlen z.B. bei den Betreuungsgerichten und bei den Sozialbehörden vorhanden sein. Die Abgeordneten fordern die Landesregierung auf, „nicht nur auf die schönen Absichtserklärungen des Bundesrates in Richtung Abschaffung Wahlrechtsausschluss und die Zustimmung Thüringens dazu zu verweisen, sondern selbst aktiv die Thematik voranzutreiben.“ ■

Fracking

In der Debatte zum Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen „Keine Erkundung und Ausbeutung unkonventioneller Erdgaslagerstätten in Thüringen“ am 20. September im Landtag hatten die Redner der Fraktionen von CDU, SPD und FDP eine Erklärung vom Dezember vergangenen Jahres als ausreichend bezeichnet, mit der der Landtag das Fracking, die Gasförderung mittels giftiger Stoffe aus tiefen Gesteinsschichten, abgelehnt habe. Der Linke-Abgeordnete Tilo Kummer verwies darauf, dass das in der Erklärung genutzte Wort „grundsätzlich“ im juristischen Gebrauch aber Ausnahmen zulasse. Es fehle außerdem an Wissen und zuverlässigen Erkundungstechniken. ■

Weltkindertag

Anlässlich des Weltkindertages am 20. September hatte MdL Margit Jung auf den Antrag der Linksfraktion im Landtag verwiesen mit der Forderung, Kindertagesstätten als Bildungsträger kostenfrei zugänglich zu machen. Hier könnte die SPD, die derzeit mit einer Unterschriftensammlung für kostenfreie Kitas durchs Land ziehe, Farbe bekennen. „Wer frühkindliche Bildung endlich auch als solche anerkennen will, wird DIE LINKE immer auf seiner Seite haben. Was wir hingegen gar nicht brauchen, ist ein Landeserziehungsgeld. Dieses Geld muss direkt in die Kita-Finanzierung fließen. Hier bestehen große Nachfrage nach freien Plätzen und Investitionsstau bei Gebäuden und Anlagen.“ ■